



Klare Preissignale

Umsteigen, wenn Preise in den Himmel steigen: Die Energiesteuer belohnt ökologische Mobilität.

Mit den richtigen Anreizen können die gewaltigen Potenziale für alternative Energien und Energieeinsparungen erschlossen werden

Von Swantje Küchler und Thorben Korfhage

Die Energiesteuerrichtlinie der Europäischen Union schreibt Untergrenzen für die nationalen Energiesteuern der Mitgliedsländer fest. Die EU-Kommission hat jetzt einen Vorschlag vorgelegt, um diese stärker an die klima- und energiepolitischen Ziele Europas anzupassen. Endlich soll sich die Besteuerung von Kraft- und Heizstoffen am Energiegehalt und der Klimawirkung orientieren. Dadurch werden umweltfreundliche Energieträger gefördert und Wettbewerbsverzerrungen abgebaut. Wenn nationale und europäische Klimaschutzziele eingehalten werden sollen, müssen Haushalte und Unternehmen ihre Anstrengungen erhöhen, weniger CO₂ zu produzieren

und energieeffiziente Technologien einzusetzen. Allein mit dem Setzen von Zielvorgaben und Standards ist diese Steigerung nicht erreichbar. Es bedarf eines intelligenten Systems aus ökonomischen Instrumenten, das klare Preissignale setzt: Energieeffizienz und geringerer CO₂-Ausstoß müssen nicht nur ideologisch wünschenswert, sondern auch ökonomisch rentabel sein.

Energiesteuer beteiligt an externen Kosten

Zwar gibt es in der EU bereits einen Emissionshandel und eine Energiesteuerrichtlinie, trotzdem ist das Anreizsystem bisher fehlerhaft.

Steuerungsmechanismen funktionieren nämlich nur dann, wenn die CO₂-Produktion und der Energiegehalt einheitlich besteuert werden. Ansonsten entsteht ein Fehlanreiz: Geld spart bisher nicht nur, wer in energieeffiziente Technologien investiert, sondern auch wer auf einen geringer besteuerten Energieträger umsteigt. Die günstigen Steuern auf Dieselmotoren, Heizöl oder Kohle sind deutsche Beispiele dieser fehlerhaften Preissignale. Weitere Wettbewerbsverzerrungen entstehen dadurch, dass nur einzelne Sektoren in den Emissionshandel integriert sind. Es ist deshalb ein sinnvoller Vorschlag der EU-Kommission, dass Unternehmen nur eine CO₂-abhängige Steuer auf Energie zahlen müssen, wenn sie nicht am Emissionshandel teilnehmen. Dadurch ist sichergestellt, dass jeder Energieverbraucher an den externen Kosten der CO₂-Produktion beteiligt wird. Um gleichberechtigte Wettbewerbsbedingungen zu ermöglichen, dürfen die Preise für CO₂-Zertifikate und Energiesteuern jedoch nicht zu weit auseinander fallen. Auch eine Erhöhung des CO₂-abhängigen Steuersatzes auf über 30 Euro/t CO₂ sollte deshalb mittelfristig nicht ausgeschlossen sein.

Die erhöhten Mindestsätze würden in vielen EU-Ländern zu höheren Steuereinnahmen führen. Das zusätzliche Geld kann genutzt werden, um entweder Lohnnebenkosten zu senken oder zur Haushaltskonsolidierung beizutragen. Dadurch wird ein richtiger Schritt hin zu einem ökologischen Steuersystem getan: Es werden nicht nur schädliche Umwelt- und Klimaauswirkungen berücksichtigt, sondern gleichzeitig wünschenswerte Arbeitsplätze gefördert und Staatsschulden abgebaut. Weder Wettbewerbsfähigkeit noch Wachstum müssen unter der neuen Energiebesteuerung leiden.

Swantje Küchler ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des FÖS (Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V.).

Thorben Korfhage studiert Economics and Business Administration an der Universität Tübingen.